

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtshäusern angenommen.

Preis pro Quartal 1 R. 15 H. Andereorts 1 R. 20 Hr. — Insolite nehmen an: in Berlin: A. Dietrichs, Rud. Mose; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Hassenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Steimann-Hartmann's Buchhandlung.

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachm.

London, 25. Nov. Parlamentswahlen. Das Ergebnis ist bis heute 323 Liberale und 246 Conservative; 49 Wahlen sind noch unerledigt.

Madrid, 25. Nov. Bei Burgos haben sich carlistische Banden, aber nur in geringer Stärke, gezeigt.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 24. Nov. Gladstone und Grenfell sind in Süd-West-Lancashire gegen die conservativen Candidaten Asheton Groß und Turner unterlegen. Gladstone wurde um 301 Stimmen geschlagen. (Gladstone ist bereits in Greenwich gewählt.)

(W. T.) Paris, 24. Nov. Die verantwortlichen Herausgeber der Zeitungen „Tribune“, „Avenir national“, „Reveil“, „Temps“, „Journal de Paris“ sind aufgefordert, am Freitag vor Gericht zu erscheinen, um sich wegen der Anklage auf Erregung von Hass und Verachtung gegen die Regierung zu verantworten. — Der Zustand Berryer's hat sich nicht gebessert, die letzte Nacht verlief sehr unruhig.

(N. T.) Kassel, 24. Nov. Der Communallandtag beschloß einstimmig, auf eine Berathung der Vorlage über die Landeskreditkassen nicht einzugehen.

(N. T.) Rom, 24. Nov. Mit der Vorbereitung zum Concil ist eine Centralcommission von 6 Cardinalen betraut, welche beauftragt sind, die Anträge, zu deren freien Einbringung das gesamme Episcopat befugt sein wird, für die Berathung im ökumenischen Concile zu klassifizieren. Der Papst wird im Concile den Vorsitz führen.

(N. T.) Madrid, 24. Nov. Durch Decret des Finanzministers werden die Bezeichnungen auf die Auleihe bis zum 15. Dezember verlängert. Bei der Bezeichnung sollen alle während des laufenden Halbjahres vom Staatschase zu zahlenden Conpons und Effecten zugelassen werden. Die Auleihetitel werden zum vollen Kennwerthe bei Bezahlung der Nationalgüter angenommen. Die Gesamtsumme der Bezeichnungen beläuft sich bis jetzt auf 18,330,800 Escudos.

(W. T.) Wiesbaden, 24. Nov. Der Weiterbau der nassauischen Eisenbahn von Bieberich über Kastel nach Gustavburg ist vom Ministerium beschlossen, und sollen die Vorarbeiten schleunig beendet werden.

Die juristische Prüfung.

Aus Pommern im November.

Sie haben in Nr. 5155 Bemerkungen über den die juristischen Prüfungen betreffenden Gesetzentwurf gebracht, welchen näher zu treten die Wichtigkeit des Gegenstandes uns Veranlassung gibt. Auch wir begrüßen mit dem Herrn Verfasser die Reduzierung der Staatsprüfungen auf zwei als einen Fortschritt und billigen ebenso die den Juristen gebotene Möglichkeit, die Praxis der Verwaltungsbürokratie nicht nur, sondern auch die Materien des öffentlichen Rechts lernen zu lernen, die ihm bisher meist unbekannt bleiben. Wir können aber in die Wünsche des Herrn Verf., der das Universitätstudium auf 2 Jahre beschränkt und statt des verkürzten Jahres die Beschäftigung des Studenten im Bureau eingeführt sehen will, nicht einstimmen, sondern müssen dieser Intention energisch entgegen treten.

Ein großer Fehler unserer bisherigen Justizverfassung war die schematische Ausbildung des Richters. Das Auskultatorexamen, von ergrauten Practikern abgenommen, bestand in einem leicht zu „beschleichen“ Turnus von Fragen, denen ein offener Kopf gegenüber treten konnte, wenn er von seinen sechs Semestern auch nur eins leidlich angewandt hatte. Die neue, seit etwa drei Jahren eingeführte Examensordnung, welche nach Aufhebung der juristischen Swangscollgia zwei Professoren zu Coexaminateuren berufen, hat nach dieser Richtung hin Gütes gehabt und dem Handwerker den Eintritt in die wissenschaftlichen Rechtscarrières verschafft. Die wissenschaftliche Ausbildung ist nicht ein Kampf mit Abstraktionen, vor denen sich der Herr Verfasser fürchtet, sondern die Grundschule für alles juristische Denken und Wissen und an ihr wollen wir fest, recht fest halten. Ebenso muss das Staatsexamen recht theoretisch, recht vielseitig ablieben, damit der Jurist vor Allem Kenntnisse erwirbt und Rechtsverhältnisse beurtheilen lernt und damit dem Staatsdienste diejenigen fern gehalten werden, die eben nur ihre Examina absolviren wollen, und nachher Theorie und Wissenschaft bei Seite legen und in der goldenen Praxis ihre Pflicht und nichts weiter thun wollen. Erwägt man die Aufgabe des Richters, schwierige thatächliche Verhältnisse entwirren und unter die richtige Rechtsnorm bringen zu können, um dann zu beurtheilen, welcher Anspruch und in wie weit er begründet ist; bedenkt man, wie oft der Kriminalist in die Lage kommt, den ganzen Gang zurückdenken und aus kleinen Anhaltspunkten das von dem Inklupaten absichtlich verdunkelte, von Beugen nicht klar aufgesetzte Sachverhältnis entwirren und neu konstruieren zu müssen — so wird man uns Recht geben, wenn wir als erstes Postulat an die Ausbildung des Richters Kenntniß des materiellen Rechts und des Lebens stellen, wozu der junge Beamte aber nur kommen kann, wenn er die Grundlagen des ersten erfaßt und für das letztere den freien ungeübten Blick behält. Dazu gehört wissenschaftliche Ausbildung und Bildung, die nur in der akademischen Freiheit, nur in der guten alten Beamenschule gelernt und erworben werden können. Ein Mann aber, der diesen Entwicklungsgang genommen, wird den „kleinen Dienst“ sofort begreifen und wird die prozeßualischen Kenntnisse, zu deren Erwerbung er in Seminarien bereits angehalten ist, auch leicht erwerben, ohne daß er dazu den langen Weg der nuden Praxis bedarf, die für den Bureaubeamten die alleinige Lehrmeisterin bleiben muß.

Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Novbr.

Die Verhandlung wird mit der Interpellation des Abg. v. Bonin betr. die Stellvertretungskosten der Abgeordneten, welche Beamten sind, eröffnet. Abg. v. Bonin führt aus, daß die Änderung des früheren Verfahrens durch das Ministerium im Lande großes Unverständnis erregt. Das Verfahren des Ministeriums widersetzt sich dem Rechtsbewußtsein des Landes und führt durch die Verschiedenartigkeit der Urtheile zu einer großen Rechtsunsicherheit. Von 40 dem Redner bekannten Erkenntnissen sind gegen den Fiskus entschieden 15 in erster Instanz, 8 in zweiter Instanz, für den Fiskus 7 in erster, 6 in zweiter Instanz und 1 beim Obertribunal. Durch das letzte Erkenntnis wurde nun allerdings ein Siegel vorgeschnitten. Das aber dieses Hauses den Ansichten des Obertribunals nicht beigetreten ist, hat ein vorjähriger Beschluß dargeboten. Ein anderer sehr bedeutsamer Moment ist, daß dabei der Grundzog der Gerechtigkeit verlegt ist, da einzelnen Abgeordneten, die Beamte sind, Stellvertretungskosten nicht auferlegt sind. Weitere Anträge behalte er sich für die Schlussberatung des Budgets vor, von dem die Regierung diesmal zuerst anerkannt hat, daß es ein Gesetz nicht bloß im Ganzen, sondern auch in seinen einzelnen Theilen sei.

Minister Graf Eulenburg erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, dem Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 25. Febr. v. J. Folge zu geben. Niemals ist es in Preußen anerkannt, daß der Staat verpflichtet sei, für die Beamten, welche Abgeordnete sind, Stellvertretungskosten zu tragen. Man hat nur, da man sich über den Gegenstand nicht einigen konnte, die Praxis eingeschritten, die Stellvertretungskosten von den Beamten nicht zu fordern. Die gegenwärtige Regierung stand bei ihrem Amttritt im Abgeordnetenhaus eine große Zahl von Beamten, welche in der Opposition gegen die Regierung standen. Es lag nahe, die Frage wegen der Stellvertretung dieser Beamten in Erwägung zu ziehen. Der Ministerialbeschluß vom 22. Sept., der den Beamten die Stellvertretungskosten auferlegt, wenn solche notwendig sind, ist gefaßt erstmals um den Schaden von der Staatskasse abzuwenden und dann, um den Anreiz für den Beamten, neben seinem Gehalte auch noch Diäten zu beziehen und eine Zeit in Berlin zuzubringen und damit gewissermaßen den Andrang zu den Abgeordnetenstellen zu vermindern. Zu dieser Ansicht wird die Regierung von einer großen Zahl derselben Mitglieder unterstützt, die sonst im Uebrigen der Ansicht des Abg. v. Bonin sind. Mit ihrem Verfahren hat die Regierung den Zweck erreicht, den sie erreichen wollte. Das Rechtsbewußtsein des Landes kann nicht verlegt sein durch einen Beschluß, der nach rechtsträchtigem Urtheil mit den Gesetzen übereinstimmt. Dadurch, daß der Beschluß in die Conflictzeit fiel, hat er den Stempel einer Action gegen die Abgeordneten erhalten, den er seinem Wesen nach nicht hat. In der praktischen Durchführung macht sich der Grundzog so: Stellvertretungskosten erwachsen bei einzeln stehenden Beamten, sie werden nicht stattdessen bei Beamten in Collegien und im Ministerium, welche letztere möglicherweise die Geschäfte des Abgeordnetenhauses mit denen des Ministeriums vereinigen können. Es ist also insofern ein Bedürfnis, die Frage anderweitig zu reguliren, nicht vorhanden. Einer gesetzlichen Regelung der Frage in dem Sinne, daß überhaupt keine Stellvertretungskosten zu zahlen sind, würde die Regierung und auch wohl ein großer Theil dieses Hauses nicht zustimmen können. Es bliebe also nur die Frage zu erledigen, in welcher Weise die Abgeordneten zu den Stellvertretungskosten herangezogen werden sollen. Diese Frage ist sehr schwierig. Der früher vorgelegte Gesetzentwurf wollte, daß jeder Beamte in den ersten sechs Wochen sein Gehalt fortzuziehen, bei längerer Dauer der Abwesenheit aber Abzüge erleiden sollte, die sich bis zur Hälfte des Gehaltes steigern könnten. Der Abg. Reichenberger schlug damals vor, daß sämtliche Beamten im Hause gemeinschaftlich zu den Stellvertretungskosten beitragen sollten, die durch ihre Abwesenheit entstanden seien. Es konnte aber nicht die Absicht der Regierung sein, jeden Beamten hier zu besteuern oder zu bestrafen, dadurch, daß er eines Theils seines Gehaltes verlustig gehen sollte. Jeder hier im Hause muß sich fragen, ob seine finanziellen Verhältnisse ihm gestatten, ein Mandat anzunehmen, warum soll sich der Beamte diese Frage nicht auch vorlegen? Er wird am besten selber wissen, ob durch seine Abberufung Stellvertretungskosten erwachsen oder nicht; er wird nöthigenfalls durch eine Anfrage bei dem Ressortminister sich darüber informieren können (hört! hört! links). Wenn sich dann herausstellt, daß eine Vertretung notwendig sei, und wenn sich kein Kommissar umsonst findet, so wird jener Beamte darin vielleicht einen Grund für die Ablehnung eines Mandats erblicken; er wird aber thatächlich nicht in einer schlechteren Lage sein, als ein Privatmann, der bei sich ähnliche Erwägungen anstellen muß. (Der Antrag des Abg. Schmidt, in eine Diskussion einzutreten, wird genügend unterstützt.) Abg. Löwe: Thatächlich liegt die Sache so, daß die Regierung im Verwaltungsweg ganz nach Belieben für den einen die Verwaltungskosten bezahlt, dem Andern sie auferlegt. Was den Anreiz zur Kandidatur betrifft, so möchte ich den Hrn. Minister denn doch fragen, ob er mit Berücksichtigung seiner eigenen Lebensbedürfnisse drei Thlr. Diäten für einen so großen Anreiz hält, daß er einen Beamten bewegen könnte, sich deshalb um ein Mandat zu bewerben? Denn das kann wohl Niemand bezweifeln, daß bei uns das Brotbrod und die Peitsche bisher so verhöhnt gewesen, daß die Conservativen immer nur das Brotbrod, die Liberalen ausschließlich die Peitsche genossen haben. Selbst unter den liberalen Ministerium ist darin keine Änderung eingetreten, denn es war übermäßig vorsichtig, seine Gegner nicht zu verlesen und seine eigenen Anhänger fürchteten so sehr durch

Annahme einflußreicher Stellungen es zu compromittieren. Ich selbst wünsche die Zahl der Beamten, wenn auch ohne Gewaltmittel, in der Volksvertretung zu vermindern, obwohl ich überzeugt bin, daß wir bei der Entwicklung unseres Staatswesens sie nur schwer entbehren werden. Da ich bedaure, daß hier so wenig Beamte vertreten sind, die eine unabhängige Meinung vertreten; die Zahl der Kreisrichter hat in erschreckendem Maße abgenommen (Gelächter rechts) und die Zahl der Landräthe in ebenso erschreckendem Maße zu genommen (Gelächter rechts). Ich finde das begreiflich, denn wenn den Herren von der Rechten auch die Stellvertretungskosten abgezogen werden, so haben sie immerhin Aussicht, dies bei anderer Gelegenheit in höherem Maße ersezt zu erhalten. Ich bedaure Ihnen dies offen sagen zu müssen, Sie selbst aber haben mich durch Ihr Lachen dazu provocirt. Das Volk verdankt der unabhängigen Beamenschaft unendlich viel, und schon die Dankbarkeit allein würde es erfordern, diejenigen von der Arbeit an einer freiheitlichen Entwicklung nicht fern zu halten, die das Werk ursprünglich allein vertreten und gefordert haben. Redner ersucht schließlich den Minister sich davon zu überzeugen, daß die Opposition keine staatsfeindliche Tendenz habe, sondern stets eine tief im Herzen wurzelnde Liebe zu unserem Staatswesen dokumentirt hat. (Beifall.)

Minister Graf Eulenburg: Die Regierung hat niemals gewünscht, durch die Zahlung der Stellvertretungskosten die Beamten überhaupt aus der Volksvertretung zu entfernen; es handelt sich dabei nur um die Festsetzung der Bedingungen, unter denen sie in dieselbe eintreten dürfen. Der Hr. Redner irrt, wenn er glaubt, daß der gegenwärtige Zustand, weil für mich besonders vortheilhaft, von mir aufrecht erhalten werde. Gerade den Landräthen werden die Stellvertretungskosten abgezogen, und mit ihrer wachsenden Zahl im Hause hat sich also auch meine Lage „in erschreckendem Maße“ verschärft (Bravo rechts).

Abg. Graf Schwerin erklärt den Ausführungen des Ministers gegenüber, daß in der Zeit, als er (Redner) Minister gewesen, man im Ministerium nie darüber zweifelhaft gewesen, daß die Verfassung es nicht gestatte, den Beamten Stellvertretungskosten aufzuerlegen. Die jetzige Regierung sei auch, wie er überzeugt sei, lediglich durch politische Erwägungen zu der Maßregel gekommen. Es sei kein Zufall, daß dieselbe in die Conflictzeit fiel. Der gewiß conservative Minister Simons hat nie geglaubt, der Verfassung eine solche Auslegung geben zu dürfen, wie sie sie jetzt gefunden. Die Behauptung, daß das Rechtsbewußtsein des Volkes dadurch verlegt werde, durch einen Hinweis auf den Beschluß des Obertribunals zu widerlegen, ist nicht sehr glücklich. Das formelle Recht, wie es durch den Obertribunalsbeschluß festgestellt ist, kann sehr wohl im Widerspruch stehen mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes und in einem solchen Falle ist es angezeigt, den Weg der Gesetzgebung zu betreten, um diesen Conflict auszugleichen. Der Abgeordnete v. Bonin wird dem Lande deshalb einen Dienst leisten, wenn er dazu Gelegenheit geben wird; ob der Hr. Minister dann bei seiner heute ausgesprochenen Ansicht stehen bleibt, ist seine Sache; wir aber wollen unsere Pflicht ihm (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Bethysh-Hue thilt die Ausfassung des Obertribunals, da es ein Privilegium der Beamten wäre, wenn man ihnen die Stellvertretungskosten bezahlen wollte, während der Privatmann zu großen Opfern verpflichtet ist. Die Ausführungen des Abg. Löwe über die jetzt noch vorhandene Unentbehrlichkeit der Beamten erinnere an den Mann, der schwimmen lernen wollte, ohne ins Wasser zu gehen. Was das Brotbrod und die Peitsche betreffe, so erwiderer, daß ein großer Theil der oppositionellen Beamten doch hoffen müsse, ein Ministerium ans Ruder zu bringen, welches Brotbrod und Peitsche auch einmal in andrer Weise vertheilen würde. In dem Wunsche nach einer gesetzlichen Regelung stimme ich mit den Rednern überein, weil ich wünsche, daß das Ministerium auch den Schein einer Parteilichkeit vermeide, der bei der bisherigen Willkür, mit der man verfahren, allzu nahe liegt. Ich richte deshalb an die Regierung die Bitte, in ihrem eigenen Interesse baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Normen bestimmt, nach denen im Zukunft zu verfahren wäre. (Beifall rechts.) Damit ist die Discussion erledigt.

Fortsetzung der Budget-Berathung. Etat des Handelsministeriums, den Reg.-Comm. Mac Lean erläutert. Ausgabe 9,018,874 R. Ordinarium, 2,945,954 R. Extraordinarium. (236,500 R. weniger als im vor. J.) Abg. Löwe: Das Deficit ist also eigentlich noch um 200,000 R. größer als angegeben, denn die gern bewilligten außerordentlichen Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke sind abgezogen, es macht einen peinlichen Eindruck gerade solche Ausgaben gefährlich zu sehen. Abg. Schmidt findet die Ausgaben für Stromregulirungen, Häfen und Wasserbauten gegen 1865 und 1866 sehr gefährlich, obgleich die Königsberger Kaufmannschaft sich wiederholt über den Zustand des Pillauer Hafens beschwert habe und auch die Häfen von Stolpmünde, Golberg u. den Ansprüchen des Stettiner Hafens sei ebenfalls nicht berücksichtigt, wie denn überhaupt das Haus über das Schicksal der Anträge zum Etat selten Auskunft erhalten. Die Wassertiefe von 15—16 Fuß sei für den jetzigen Dampfbootverkehr ungünstig. Auch auf Beleuchtung der Küsten, auf das Bootenwesen muß mehr verwandt, ferner der Erlaß einer neuen Strandordnung bedacht werden. Die innere Stromverbindung sei ebenfalls zu verbessern. Der Bromberger Canal sei in sehr schlechtem Zustand, eine bessere Kanalisirung der Odra notwendig, auf den schleswig-holsteinischen, den Rhein-Weser-Els.-Canal sei ebenfalls hinzuweisen. Der Handelsminister dankt dem Redner für die Hinweisung, daß in seinem Ressort zu wenig bewilligt sei und hofft, daß deshalb von diesem wenigen

nichts abgestrichen werde. (Heiterkeit.) Die Abhilfe aller Mißstände liege ihm selbst sehr am Herzen, aber jeder Fachminister hätte seine Wünsche dem allgemeinen Staatsinteresse unterzuordnen. An die kleinen Häfen könne man erst gehen, wenn die großen fertig sind, ebenso gehe z. B. die Deregulierung dem Weser-Elbkanal vor. Wegen einer Strandordnung, die für Preußen und Pommern gewiß wünschenswerth sei, wäre mit dem Bundeskanzleramt bereits correspondirt, sollte die Antwort ungünstig ausfallen, so werde er eine besondere Strandordnung für Preußen vorlegen. Bei Tit. 5 (Besoldungen) rügt Abg. v. Behr, daß die Ausgaben für Hannover so viel betragen, als für Posen, Ost- und Westpreußen, Pommern und die Altprignitz zusammenommen. Man sei allerdings gewöhnt, in Hannover Alles mit großer largesse einzurichten (hört! hört!), er fragt aber den Minister, ob dort nicht Ersparnisse eintreten könnten. Auch Abg. Stenzel tritt dem bei, die Freiconservativen hätten von dem Antrage, einen Theil der für Hannover verwendeten Summen als "künftig wegfallend" zu bezeichnen, Abstand genommen, weil sie von der Regierung im nächsten Etat selbst auf Abhilfe hofften. Der Handelsminister erklärt, fest angestellten Beamten ihr Gehalt nicht entziehen zu können. Abg. Löwe will aber die Lokalbeamten vom Budget entfernt und dem Provinzialfonds zugewiesen haben. Abg. Grumbrecht: Durch das preuß. Verwaltungssystem sei die Zahl der Beamten vermehrt; Abg. v. Behr habe auch außer Acht gelassen, daß Hannover ein größeres Domänen-Vermögen besitze, als Preußen und Posen zusammennommen (Heiterkeit), daß deshalb auch mehr Bauten und auch mehr Beamte erforderlich seien. Die 2 großen Städte erfordern mehr Wasserbauten, auch die 40 Meilen Chausseen der Provinz brauchen mehr Beamte; möglich, daß später Ersparnisse eintreten können; das preuß. Verwaltungssystem sei aber nicht geeignet, die Zahl der Beamten zu verringern. Abg. Gottschewski fordert eine Vermehrung der Kreis-Baumeister in der Prov. Posen. Abg. v. Behr erkennt die Gründe des Abg. Grumbrechts nicht an, auch die altpreuß. Provinzen haben große Städte. Abg. v. Denzin sieht ebenfalls keinen Grund Hannover zu bevorzugen, sein Provinzialfonds reicht für etwaige Mehrbedürfnisse aus. Abg. Grumbrecht: Es ist wir gar nicht eingefallen, für Hannover einen Vorzug zu verlangen. (Ruf: Oho!) Mir sind die hannoverschen Dabatten so unangenehm (Heiterkeit), daß ich nicht ohne Grund damit anfangen (Heiterkeit). Die Thatsachen, die ich angeführt, muß ich aber aufrecht erhalten; ich habe nur die großen Klüsse genannt, die Hannover hat, ich hätte noch mehr nennen können. (Heiterkeit.) Die Em's ist auch ein großer Strom. (Große Heiterkeit.) Hannover hat 340,334 Morgen Domänenbesitz, während ganz Preußen nur 525,000 Morgen hat. Ich muß allerdings zugestehen, daß dabei 200,000 Morgen Moore sind. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie darüber lachen, so kennen Sie die Sachen wahrscheinlich nicht. (Ruf: Oho!) Diese Moore haben in vieler Beziehung eine große Zukunft; für die künftige Verwertung derselben sind aber große Ausgaben für Beamte nötig. Aber selbst nach Abzug dieser 200,000 Morgen bleiben noch immer 140,000 Morgen übrig, also ungefähr des gesamten Domänenbesitzes in Preußen. — Abg. Windthorst schließt sich diesen Ausführungen an, während v. Diest die des Abg. v. Behr unterstützt. Tit. 5—8 werden genehmigt. Zu Tit. 14 (Stromregulierungen, Hafenbauten) stellt Abg. Szuldrzynski den Antrag: die Regierung aufzufordern, den Plan über Fortsetzung und baldige Vollendung der Wartheregulierungen dem Landtag noch in dieser Session vorzulegen und motiviert denselben durch die große Bedeutung dieser Regulierungen für den Verkehr der östlichen Provinzen. Abg. Dr. Faucher dankt dem Antragsteller für die Hinweisung auf die große Bedeutung der Wasserstraßen als Transportmittel. Chausseen könnten auch als Privatunternehmungen entstehen, die Städte seien Eigentum des Staates, dieser habe also die Pflicht der Regulierung. Wasserstraßen haben große Bedeutung für billigen Transport z. B. von Bau- und Brennmaterial. Die preuß. Geschichte lehre, daß wie unsere Heere auch unsere Wasserstraßen viel zur größeren Einheit des Vaterlandes beigetragen haben. Berlin verdanke seine heutige Größe vorzugsweise den Wasserstraßen, wir müssen das Stromnetz überall erweitern und für den Transport brauchbar machen. Die Warthe ist nicht nur für die östlichen Provinzen, auch für Berlin und den ganzen Staat wichtig. Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Tit. 15 (Staatschausseen) wird bewilligt, ebenso Tit. 17 (Chausseenbauten) 1,100,000 R., nachdem der Handelsminister Vorlegung der Pläne versprochen, sobald die Gelder bewilligt seien. Bei Tit. 20 (Gewerbe-Akademie 47,210 R.) beantragt Abg. v. Hennig, die 120 R., welche der gegenwärtige Director als Lehrer der Maschinenbaukunde erhält, in die Colonne „künftig wegfallend“ zu setzen. Zu Tit. 21 (Unterhaltung der technischen Lehranstalten in den Provinzen) erklärt der Handelsminister, daß eine Umgestaltung der Provinzial-Gewerbeschulen im Werke sei, die Errichtung von Vorstudien und einer höheren Klasse für diejenigen, die nicht die Academie besuchen werden, beabsichtigt. Auch Gewerbe-Schulen sollen gegründet werden, um den Mangel an Eleganz und Geschmack der deutschen Arbeiten zu beseitigen. Die betr. Städte sollten die Lokale, Beleuchtung, Heizung, der Staat die Lehrmittel hergeben. Abg. Nedecker empfiehlt dabei die Gründung von Baugewerbeschulen, welche nur in den Wintermonaten unterrichten, wie in Polen. Mit der Bewilligung von 2,000,000 R. für außerordentliche Ausgaben ist der Etat des Handelsministers erledigt.

Etat des landwirtschaftl. Ministeriums. Minister v. Selchow: Der allgemeine Finanzlage wegen seien die ursprünglich viel größeren Forderungen auf das unerlässliche Minimum beschränkt. Einnahmen der Auseinandersetzungsbördnen: 645,232 Thlr., andere 4,186 Thlr., zusammen 649,418 Thlr. Dauernde Ausgaben: beim Ministerium 74,050 Thlr., beim Rev.-Colleg. für Landeskultur 29,940 Thlr., Auseinandersetzungsbördnen 934,074 Thlr., Förderung der Landeskultur 410,742 Thlr., Förderung der Pferdezucht 64,604 Thlr., Deichwesen 65,665 Thlr., Pensionen z. 3,472 Thlr., Summa 1,582,548 Thlr. Außerdem außerordentliche Ausgaben 190,224 Thlr., Gesamtausgaben 1,772,772 Thlr. Für den Bau eines landwirtschaftlichen Museums sind als erste Rente 50,000 Thlr., für ein pomologisches Institut in Geisenheim 20,000 Thlr. gefordert. — Abg. Schmidt (Stettin) bedauert die oft unrichtig angewendete Sparsamkeit des landwirtschaftlichen Etats, der seit 1848 nicht erhöht sei und rät, das Ministerium wie in England, der hohen Schule der Landwirtschaft, mit einem anderen zu vereinen. Abg. Richter (Essen) wünscht den Fortbestand des landwirtschaftlichen Ministeriums, ohne energische Förderung der Landwirtschaft komme

das Vaterland in Gefahr (Gelächter), das Volk habe die Abgeordneten zur Vertheidigung seiner heiligsten verfassungsmäßigen Rechte hergeschickt (zur Sache). Vice-Präsident v. Kölle: Die verfassungsmäßigen Rechte des Volks gehören nicht in den landwirtschaftlichen Etat. (Gelächter.) Abg. v. Richter führt fort, die heiligsten Gebräuche des Hauses für die Landwirtschaft anzurufen und schließt mit einem Appell an Königstreue und Vaterlandsliebe. (Gelächter.) „Begegnen wir, daß wir Männer sind, welche in der Selbstverwaltung einen neuen erfreischenden Lebensquell auch für die Landwirtschaft erschließen und daß wir uns von keiner Seite her einschüchtern lassen.“ Abg. v. Ledebur wünscht ein Gesetz betr. die Zusammenlegung der Grundstücke, die jetzt nicht gestattet ist, sobald auf ihnen eine gemeinsame Servitut bestet. Dies hindere Verlappungen, die der Landwirtschaft Segen bringen. Der Minister erkennt das Bedürfnis für ein derartiges Gesetz nicht an. Abg. v. Körber für seinen Antr. auf Erweiterung des Ressorts des Ministeriums, dem namentlich die Verwaltung der Domänen zu überweisen seien, für welche der Finanzminister nicht die nötigen Fachkenntnisse haben könne. Abg. Graf Schwerin gegen den Körber'schen Antrag, will, daß um unnötige Schreibereien zu vermeiden, das landwirtschaftliche Ministerium wieder eine Abtheilung des Ministeriums des Innern werde. Die Domänen und Forsten gehörten als Einnahmequellen dem Ressort des Finanzministers. Am besten wäre es an die Epize der landwirtschaftlichen Abtheilung des Ministeriums des Innern einen praktischen Landwirt zu stellen (Bravo). Gegen Abg. v. Lutteroth, der die Notwendigkeit eines größeren Dienstgebäudes für das Ministerium bestreitet, bemerkt der Minister, daß allerdings die Geschäfte größere Räume erforderlich machen, die geforderte Rente von 50,000 R. würde kaum für das Museum und die Akademie reichen, bewillige man sie nicht, so müßten diese notwendigen Bauten unterbleiben. Abg. Schmidt (Stettin) gegen den Körber'schen Antrag, der ihm nicht weit genug geht, will ein „vollswirtschaftliches Ministerium“ für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Credit- und Genossenschaftswesen mit Berufung von Fachmännern für die einzelnen Ressorts. Der Körber'sche Antrag wird abgelehnt. — Auf die Anfrage, weshalb der mit Meiningen wegen des Beitrages zu den Auseinandersetzungen geschlossene Vertrag dem Hause nicht zur Genehmigung vorgelegt sei, erklärt Minister v. Selchow, daß dem Staate keine Lasten mit ihm aufgelegt würden. Abg. Lasker bestreitet dies, da preuß. Beamte mit den Arbeiten eines Nachbarstaates betraut wurden; Abg. Glaser ist gleicher Ansicht und wird, wenn der Minister bei seiner Ansicht beharrt, einen Antrag auf Vorlegung des Vertrages einbringen. — Bei Tit. 10, persönliche Ausgaben der Auseinandersetzungsbördnen, fragt Abg. Knapp, was zur Ausführung des früher gefassten Beschlusses bezüglich des Consolidationsgesetzes für Nassau geschehen. Minister v. Selchow weiß von solchem Beschuß nichts und sieht unter großer Heiterkeit des Hauses seinen Commissar fragend an, der seinerseits die Achseln zuckt. Abg. Parisius constatirt mit Bedauern, daß die Regierung von einem eingehend discutirten Beschuß keine Ahnung hat, also selbstverständlich an eine Verlängserzung desselben nicht denken kann. Min. v. Selchow rügt, daß der stenographische Bericht feststellen werde, ob ein solcher Beschuß gefaßt sei. (Abg. Birchow überreicht dem Minister den betreffenden stenographischen Bericht.) Abg. v. Hoyerbeck beantragt Aussetzung der Beschußfassung bis der Minister sich orientirt habe und mit sich in's Neue gekommen sei, was er dem Abg. Knapp antworten soll. Min. v. Selchow ist damit einverstanden, das Haus ebenfalls. Pos. 1—10 sind genehmigt. Nächste Sitzung Donnerstag.

† Berlin, 24. Nov. [Aus den Fraktionen.] Die Fortschrittspartei hat neulich nach langer Debatte den Vorschlag, zu den Fraktionssitzungen auch Vertretern der Presse den Zutritt zu gestatten, abgelehnt. Gegen die Bulle sprach sich namentlich der Abg. Dr. Waldeck aus. In der Fraction der Nationalliberalen wurde schon bei Beginn der diesjährigen Sitzung einstimmig beschlossen, die Redaction der „Nationalzeitung“ zur Theilnahme an den Fraktionssitzungen einzuladen. Es wurde ohne Widerspruch hervorgehoben, wie sehr wünschenswerth es sei, mit der befreundeten Presse sich in engster Verbindung zu erhalten und derselben das Verständniß der Intentionen der Partei zu erleichtern.

— [Vittgesuche an den Grafen Bismarck.] Innerhalb 8 Monaten sind von dem Ministerpräsidenten, wie die „R. A. B.“ mittheilt, von ganz unbekannten Personen Darlehn im Betrage von nicht weniger als 1½ Mil. Thlr. erbeten worden.

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abtheilung hat das Kommunalwahlcomite (für Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer) in den meisten Bezirk gewählt. In einem Bezirk wurde ein Gegner der Aufhebung gewählt, in einem anderen ist eine engere Wahl notwendig. — Die Beteiligung war schwach (10—20%), die Wahlen erfolgten fast durchweg mit sehr großen Majoritäten.

Oesterreich. Pest, 24. Nov. [Im Landtage] erschien heut zum ersten Male die kroatischen Deputirten. Derselben wurden lebhaft empfangen, und es fand heut eine gegenseitige Bewillkommung in kroatischer und ungarischer Sprache statt. (W. T.)

Dänemark. Kopenhagen, 23. Nov. [Der Kriegsminister] machte dem Folgething die Mittheilung, daß die gesamte Infanterie und Cavallerie, sowohl Linie als Reserve, mit Remingtongewehren versehen seien. (N. T.)

England. [Schiffbrand.] Das Schiff „Bogota“ mit einer schweren Pulverladung von Greenock nach Penang wurde auf offener See durch eine Feuersbrunst zerstört. Der Beamtung gelang es, einen großen Theil der Ladung ins Wasser zu werfen und eine heftigere Explosion zu vermeiden. Eine englische Brigg brachte Capitän und Mannschaft nach der Capstadt.

Frankreich. Paris, 22. Nov. [Mazzini] Man erwartet hier jedes Augenblick die Nachricht vom Tode Mazzinis. Die Kräfte derselben nehmen ständig ab. Die englische Familie, bei welcher er in Lugano wohnt, läßt ihm die ausgezeichnete Pflege angedeihen. In Lugano selbst befinden sich französische und italienische geheime Agenten, um ihre betreffenden Regierungen über den Verlauf der Krankheit Mazzinis auf dem Laufenden zu erhalten.

Italien. Rom, 23. Novbr. [Der Papst] hat das Todesurtheil Monti's und Tognetti's bestätigt. Morgen findet die Hinrichtung der Verurtheilten statt. (W. T.)

Danzig, den 26. November.

* [Stadtverordnetenwahl.] Bei der heute stattgehabten Wahl der 1. Abtheil. haben von 306 Stimmberechtigten 174 ihre Stimmen abgegeben. Die Majorität erhielten: die Herren Th. Bischoff, L. Goldschmidt, Otto Steffens, J. C. Schwarz, J. L. Engel, Rickert und G. Baum.

* In der heute abgehaltenen Sitzung der Altesten hiesiger Kaufmannschaft wurde in Folge einer vom Norddeutschen Consul zu Mühlhausen im Elsaß an dieselben gerichteten Aufforderung beschlossen, an das Consulat des Norddeutschen Bundes eine dahin gehende Vorstellung zu richten, daß sie darauf hinwirken, daß die zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Posttarife — ähnlich den mit andern Ländern abgeschlossenen Postverträgen — ebenfalls erniedrigt werden. — Der bleibende Ausschuß des Deutschen Handelstages hat das Collegium ersucht, ihm Beifalls Ausführung des vom Handelstage in Betrieb der Rechtsverhältnisse der Winnenschiffahrt gefassten Beschlusses Material zuzommen zu lassen, welches einer Commission des Handelstages zur Beschußfassung unterbreitet werden soll. Das Collegium hat eine Commission zur Vorberathung der Angelegenheit und Sammlung von Material ernannt. — Unter den Beschlüssen des Handelstages findet sich auch die Erwähnung nachfolgender Frage: Ob das Verhältniß der Deutschen Schiffahrtsgesellschaft nicht dahin zu ändern sein dürfe, daß nicht wie bisher nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs bei Auflösung einer Reederei oder bei Verkauf eines Schiffes eine absolute Majorität erforderlich ist, sondern daß dazu Anträge resp. Beschlüsse von weniger, etwa von 1/3 der Reederei, genügend sind. Auch die Vorberathung dieser Frage hat das Collegium einer Commission übertragen. — Die Handelskammer zu Breslau hat an den bleibenden Ausschuß des Handelstages die Aufforderung gerichtet, derselbe möge dazu die Initiative ergreifen, daß mit Einführung der neuen Maß und Gewichtsordnung auch allgemeine gleichmäßige Börsenfusancen angetreide, insbesondere, daß die Notirung sowohl der Getreide- als auch der Spiritus-Preise in Zukunft nicht mehr nach dem Maße, sondern nach dem Gewichte erfolge. Der Ausschuß des Handelstages erachtet das Collegium auch diese Frage in Erwägung zu nehmen. Die vom Collegium zur Vorberathung der Frage, ob für den hiesigen Platz im Getreidehandel das Centnergewicht und die Rechnung nach Silbergroschen einzuführen sei, eingesetzte Commission ist mit der Erörterung auch der oben bezeichneten Angelegenheit beauftragt worden.

* Eisenbahn-Betriebs-Einnahmen.] Im Monat October c. betrug die Einnahme auf der Königl. Ostbahn 552,719 R. (mehr gegen die Einnahme im October 1867: 48,977 R., bis ultimo Oct. mehr gegen 1867: 118,399 R.; — die Einnahme auf der Danzig-Meusehrwasser Bahn war im October c. 1468 R. (weniger gegen October 1867: 323 R., mehr bis ultimo October gegen 1867: 16,553 R.).

* Der Vorstand des hiesigen Vereins zur Rettung von Schiffbrüchigen hat die von Hrn. Oberförster Otto verhieselne Prämie von 50 Thlr. für die bei der Rettung von 3 Personen von dem Schiff „Dorothea Schmahl“ thätig gewesener Schiffer (vergl. das Feuilleton der Morgennummer) bewilligt.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol-Culm per Kahn, Warlubien-Graudenz per Kahn bei Tag und Nacht, Czerwink-Marienwerder per Kahn nur bei Tag.

* [Das stenographische Kränzchen] hier selbst feierte am 14. d. M. sein sechstes Stiftungsfest. Der Dirchauer Verein war durch zwei Mitglieder seines Vorstandes vertreten und von den Vereinen zu Tiegenhof und Colberg, wie von 2 auswärtigen Mitgliedern, gingen telegraphische Glückwünsche ein. Am 20. d. M. fand die Jahresversammlung statt. Nach der Prämienvertheilung wurde der Jahresbericht erstattet, nach welchem sich das Kränzchen im Laufe des Jahres um 36 Mitglieder vermehrt hat, so daß dasselbe jetzt 108 Mitglieder zählt, und zwar 1 Ehrenmitglied, 61 ordentliche und 46 correspondirende Mitglieder (darunter 19 Handlungsbeflissene, 54 Schüler, 5 Lehrer, 1 Lehrerin zc.) — Die Bibliothek hat sich um 30 Nummern vermehrt. 282 Briefe sind eingegangen und 395 Briefe abgefandt worden. Bei der Wahl des neuen Vorstandes wurden der bisherige Vorstehende, der Cassirer, der Protokollführer und die Schiedsrichter wiedergewählt; der ausscheidende Bibliothekar wurde durch ein anderes Mitglied ersetzt.

* [Tragett über die Weichsel.] Vorgestern ist der 17jährige Sohn eines hiesigen Kaufmanns beim Schlittschuhlaufen auf dem Stadtgraben in der Nähe der Steinschleuse ertrunken. Die Leiche wurde gestern Mittag von Mannschaften der Feuerwehr aufgefunden.

* [Feuer.] In der Nacht vom 22. zum 23. d. entstand in dem Hause Gr. Bäckerstraße No 16 Feuer, wodurch verschiedene Küchengerätschaften zerstört wurden. Der Brand wurde noch zeitig genug von den Haushbewohnern bemerkt und gelöscht.

* [Gestohlen.] Die Diebstähle durch Einschleichen in die Häuser beginnen sich zu mehren. Unter Anderm wurde gestern aus dem Hause am Röhm 16 eine braune Plüschtasche von einer unbekannten Frauensperson gestohlen.

Thorn, 24. Nov. [Zum Geschäftsverkehr mit Polen.] Die Handelskammer hat das preuß. General-Consulat zu Warschau um Auskunft darüber ersucht, ob diesseitige Kaufleute, welche in Polen Geschäfte treiben, speziell daselbst Rohprodukte (Gefüreide, Wolle, Felle zc.) ankaufen, nunmehr gesetzlich gehalten sind, dafselbst Gewerbesteuer zu zahlen. Nach dem Bescheide des General-Consulats sind durch einen Utaß vom 23. Mai (4. Juni c.) die schon seit dem 3. 1865 in Rußland bestehenden Bestimmungen, bezüglich der Abgaben für Handel und Gewerbe, eingeführt und sowohl für Inländer, wie für Ausländer maßgebend. Es wird eine amtliche Übersetzung dieser Bestimmungen ebenso dem ausw. Ministerium mit dem Urheimgaben überreicht werden, dieselbe zur Kenntnis der diesseitigen Behörden zu bringen. Das General-Consulat schreibt ferner, daß ihm bereits mehrere Fälle einer solchen Besteuerung zur Kenntnis gekommen sind, woraus dasselbe schließen muß, daß der abgabenfreie Handel mit Rohprodukten nur den Produzenten derselben, den Gutsbesitzern und Landbewohnern, zu Gute kommen soll, indem beispielweise bereits Kaufleute aus Preußen, die in Polen Holzgeschäfte machen, wie auch Schwarzwiebändler zur Abgabe herangezogen und für nicht gelöste Consente in Strafe genommen werden sind. Um eine zuverlässige Auskunft hierüber zu erlangen, hat sich das General-Consulat an die Warschauer betreffende Verwaltung gewandt und behält sich dasselbe vor, der Handelskammer eine entsprechende Mittheilung in dieser Angelegenheit baldigst zugeben zu lassen. Schließlich macht besagte Königl. Behörde noch darauf aufmerksam, daß die Berechtigung En-gross-Handel in Polen zu treiben, an die Bedingung geknüpft ist, ein „Attest erster Gilde“ zu nehmen, für welches an allen Orten in Rußland und Polen eine Abgabe von 265 Rbl. zu entrichten ist; der Commis Bohagur hat indeß nach Art. 56, Verzeidnis D., nur 30 Rbl. für sein Attest zu zahlen.

Königsberg, 25. Nov. Die Staatsregierung hat der Stadt beifalls Tilgung der sie so sehr drückenden Kriegsschild einen Busch von jährlich 5000 R. gewährt, aber unter dem Beding, daß sie fortan auf den ihr auf Höhe von 25% zustehenden Buschlag zur Braunschweiger verzichtet. (R. H. B.)

* [Orden.] Dem Rittergutsbesitzer, Rittmeister und Gendarmeriechef im 3. schweren Landwehr-Regt. Heinrich v. Tyska auf Ribben (Kreis Sensburg) ist der Königl. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Grenzausseher Heinrich zu Pillau das Allgemeine Ehrenzeichen, dem Sergeanten Polenz im 7. Ostpreuß. Inf. Reg. No. 44 die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

Vermischtes.

Sakken, 23. Nov. [Strandung.] An der Nordseite Elagens strandete heute die Papenburger Schoonerbrigg „Lina“, Kapitän Ruender, die mit einer Ladung Guano von Hamburg nach Stettin abgegangen war. Die Mannschaft ist gerettet, das Schiff wird wahrscheinlich zum Wrack werden. (W. T.)

München, 21. Nov. Über den Zustand von Gustav Chorinski schreibt ein Gerichtsamt: Chorinski ist ein physisch und psychisch herabgesommener Mensch, der den Keim des Irrsinns schon lange in sich trägt, und die Überzeugung ihm gehöriger militärischer Kleidungsstücke in jüngster Zeit scheint die nächste Veranlassung zum vollständigen Ausbruch seines Wahnsinns gewesen zu sein. Schon seit Sonntag vor acht Tagen war er im höchsten Grade aufgeregert und versetzte bald darauf derartig in Tobucht, daß er alles um sich her zerstörte und seine Kleidungsstücke in Fetzen zerriss. Vom Sonntag vor 8 Tagen bis letzten Montag soll er fast keinen Bissen über die Lippen gebracht haben und völlig schlaflos gewesen sein. Den Regimentsarzt überhäufte er mit Schmähungen, und da er sich an ihm in der Zwangsjade nicht mehr vergreifen konnte, spuckte er ihm in das Gesicht. Man glaubte zuerst allgemein, eine Simulation annehmen zu müssen, gab diesen Gedanken aber bald auf. Heute bestätigen wir seine Überführung in eine Irrenanstalt, worauf denn das königl. Commando sofort nach Würzburg berichtet hat. Ich höre noch, daß der Vertheidiger auf diese Vorlommissen hin sofort ein Begnadungsgesuch eingereicht hat. Allein Anschein nach dürfte die Bescheidung dieses Gesuches den Wahnsinnigen schwerlich mehr am Leben treffen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. November. Aufgegeben 2 Uhr 16 Min.

Angelommen in Danzig 3½ Uhr.

	Letter Crs	Laster Crs
Weizen, Nov.	61	62
Rogggen nachgebend,		3½% Ostpr. Pfandb. 77½/8
Requitzitpreis fehlt	54½	3½% westpr. do. 74½/8 75½/8
Nov.	54½	4% do. do. 82½/8 83
Frühjahr	50½	Lombarden 112½/8 112½/8
Röböl, Nov. 9½/24	9½/24	Lomb. Prior.-Ob. 220 218½/8
Spiritus befestigend,	Nov.	Oestr. Nation.-Anl. 55 55
Frühjahr	15½	Ostr. Banknoten 86½/8 86½/8
5% Pr. Anleihe	102½/8	Russ. Banknoten 83½/8 83½/8
4½% do.	95½/8	Amerikaner 80½/8 80½/8
Staatschuldssch.	81½/8	Ital. Rente 55 54½/8
Kontoschrift: fest.	81½/8	Danz. Priv. B. Act. 106½/8 106½/8
		Wechselkours Lond. — 6.23/8

Frankfurt a. M., 24. Novbr. Effekten-Societät. Amerikaner 79½. Creditactien 235, Staatbahn 296½, steuerfreie Anleihe 52½, Lombarden 197½, 1860er Loose 78½, 1864er Loose 104½, Anleihe de 1559 62½, Bankantheile 831, Elisabethbahn fest 152½. Fest

Wien, 24. Nov. Abend-Börse. Creditactien 233, 40, Staatbahn 292, 80, 1860er Loose 90, 40, 1864er Loose 103, 20, Bankactien 686, 50, Galizier 214, 25, Lombarden 196, 30, Napoleon 9, 34½. Matt.

Hamburg, 24. Nov. [Getreidemarkt] Weizen auf Termine matt. Roggen ruhig. Weizen vor Nov. 5400 122½ Bancothaler Br. 122 Bd., vor Dec. 120 Br., 119 Bd., vor April-Mai 117 Br., 116 Bd. Roggen vor Nov. 5000 Bd., 97 Bd., vor Dec. 95 Br., 94½ Bd., vor April-Mai 91½ Br., 91 Bd. Hafer sehr still. Röböl matt, loco 19½, vor Mai 20½. Spiritus ruhig, vor November 22 Br. Kaffee sehr angenehm. Zink still. Petroleum unverändert, loco 14½, vor November 14½. — Trübtes Wetter.

Bremen, 24. November. Petroleum, Standard white, loco zu 6½ Käufer, vor December 6½ bezahlt. Fest.

Amsterdam, 24. Nov. In der heute Seitens der niederländischen Handelsgesellschaft vier abgehaltenen Buder-Auctionen 30,379 Grangangs Java-Zuden zum Verkauf, wobei folgende Preise erzielt wurden: 2760 Cr. 32½ Br. (Tarpr. 31½ Br.), 3515 Cr. 34 Br. (Tarpr. 32½ Br.), 2491 Cr. 34½ Br. (Tarpr. 33½ Br.), 2200 Cr. 35½ Br. (Tarpr. 34½ Br.), 2596 Cr. 35½ Br. (Tarpr. 34½ Br.), 3196 Cr. 36 Br. (Tarpr. 35 Br.), 4358 Cr. 36½ Br. (Tarpr. 35½ Br.), 2008 Cr. 36½ Br. (Tarpr. 35½ Br.). Sämtliche Buder sind verkauft.

London, 24. Nov. (Schlußkourse.) Consols 94½. 1% Spanier 34½. Italienische 5% Rente 56. Lombarden 16½. Mexicaner 15½. 5% Russen de 1822 87½. 5% Russen de 1862 85½. Silber 60%. Türkische Anleihe de 1865 41½. 8% rumänische Anleihe 84½. 6% Vereinigte Staaten vor 1882 74½. Wechselnotirungen: Berlin 6, 26½. Hamburg 3 Mon. 13 M. 9½ a 10½ Sch. Frankfurt 120. Wien 11 Br. 87½ Br. Petersburg 32½.

— Disconto 2½ a 2½. Mehrere Ladungen Weizen und Roggen zu irregulären Preisen gehandelt, große Zufuhren. Talgloco 51½, vor März 52 a 52½. Röböl 31½. Petroleum 18½. Chili-Kupfer 70, do. Wallaroo 79½. Zink 20½.

Liverpool, 24. Nov. (Bon Springmann & Co.) [Baumwolle.] 12,000 Ball. Umsatz. Middling Orleans 11½, middling Amerikanische 11½, fair Dhollerah 8½, middling fair Dhollerah 8½, good middling Dhollerah 7½, fair Bengal 7½, new fair Domra 8½, good fair Domra 8½, Pernam 11½, Smyrna 9½, Egyptische 11½. — Fest, aber wegen der Wahlen ruhiger.

(Schlußbericht.) 15,000 Ballen Umsatz, davon für Speziation und Export 3000 Ballen. Tagesimport 4875 Ballen. Lebhafte Geschäft. Middling Orleans 11½, middling Amerikanische 11½, fair Dhollerah 8½, Bengal 7½. Manchester, 24. November. Garne, Notirungen vor. 10 Br. Water (Clayton) 15½ d., 20r Mule, gute Mittelqualität 11½ d., 20r Water, bestes Gelpinnt 15½ d., 40r Mayol 13 d., 40r Mule, beste Qualität wie Taylor ic. 15½ d., 60r Mule, für Indien und China passend 16½ d. — Stoffe, Notirungen pr. Stück: 8½ Br. Shirting, prima Calvert 126d., do. gewöhnliche gute Mates 117d., 34 inches 17½ printing Cloth 9½ 2 bis 4 oz. 150d. Seft-fest, jedoch nur beschränktes Geschäft wegen höherer Forderungen.

Paris, 24. Nov. Schl.-Kourse. 3% Rente 71, 65—71, 60—71, 75—71, 65. Italien. 5% Rente 56, 85. Oesterl. Staats-Aktien 641, 25 fest. Österreicherische ältere Prioritäten —. Österl. Aktien 302, 50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 420, 00. Lombard. Prioritäten 224, 37. 6% Verein. St. vor 1882 (unge-

stampft) 84½. Tabaksobligationen 424, 50. Mobilier Espagnol 31, 25. Unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94½ gemeldet.

Paris, 24. Nov. Röböl vor Novbr. 81, 00, vor Januar-April 80, 50 matt. Blehl vor November 67, 50, vor Januar-April 61, 75. Spiritus vor November 75, 00. — Schönes Wetter.

Petersburg, 24. Nov. Wechselkours auf London 3 Mon. 33—33½, auf Hamburg 3 Mon. 29½, auf Berlin 92½, auf Amsterdam 3 Mon. 164, auf Paris 3 Mon. 346. 1864er Prämiens-Anleihe 137. 1866er Prämiens-Anleihe 133. Große Russische Eisenbahn 119½. — Productenmarkt. Gelber Lichttala loco 54 a 53. Roggen vor Nov. 8½. Hafer vor Nov. 5½. Hanf loco 33. Hanföl loco 3, 40, 3, 80 gefordert.

Antwerpen, 24. Nov. Getreidemarkt. Weizen und Roggen unverändert. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Naffinriket, Luso weiß, loco 53½, vor December 53. Wegen fehlender amerikanischer Berichte stille.

New York, 23. Nov. (Schlußkourse.) (Atlantisches Kabel.) Gold-Agio höchster Cours 34½, niedrigster 34, schloß 34½. Wechselkours a. London in Gold 109½, 6% Amerik. Anleihe vor 1882 112½ Br. (vor 30 Tage 111), 6% Amerikanische Anleihe vor 1885 108½, 1865er Bonds 110½, 10/40er Bonds 106½, Illinois 142½, Eriebahn 42½, Baumwolle, Middling Upland 24½, Petroleum, raffinirt 36, Wais 1, 14, Mehl (extra state) 6, 20, 6, 80. — Angelommen: Die Dampfer „City of Baltimore“, „Columbia“, „North American“.

Letter Crs

Heute Vormittag 10½ Uhr starb nach 14tägigem schweren Leiden unsere liebe Gattin und Mutter Adelheid Goll, geb. v. Milewski, in ihrem 53. Lebensjahr. Diese zeigen statt jeder besonderen Meldung tiefe beträgt an die Hinterbliebenen. Strauhmühle in Oliva, d. 24. Nov. 1868.

Bekanntmachung.
In dem Concurre über das Vermögen des Gutsvermögens Franz Lupianowski in Gr. Wolla ist der Kreis-Gerichts-Bureau-Assistent Nar in Loebau zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Loebau, den 18. November 1868.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (3983)

Depeschen-Annahme-Formulare, in meinem Verlage erschienen, sind in dem hiesigen Telegraphen-Bureau käuflich zu haben.

A. W. Kasemann.

So eben erschien und traf ein:

Allgemeines Depeschen-Tarif-Buch

für die gesammte telegraphische Correspondenz.

Ein unentbehrliches Handbuch für Telegraphen-Beamte, Banquiers, Fabrikanten, Kaufleute, Hotelbesitzer, Gewerbetreibende, Beamte und Privatpersonen.

Nach amtlichen Quellen bearbeitet von J. Neumann,

Telegraphen-Inspector der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn-Gesellschaft.

Kl. 40. 23 Bogen, geh. Preis 1 Thlr. 15 Sgr. Das Buch enthält sämtliche Bestimmungen und Tarife, welche für die Correspondenz von den norddeutschen Telegraphen-Stationen nach allen Telegraphen-Gebieten der Erde maßgebend sind. — Ein Jeder kann von seinem Wohnort aus nach jeder Telegraphen-Station, mag sie liegen wo sie will, den Preis der Depeschen genau und mit Leichtigkeit berechnen.

Vorrätig in

Danzig in der L. Saunier'schen Buchh., A. Scheinert. (3948)

Dampfer-Verbindung

Danzig—Stettin.

Dampfer "Ceres", Capt. Braun, geht Freitag, d. 27. Nov., früh von hier nach Stettin.

Näheres bei

Ferdinand Prowe.

Wiehwaagen, zum Mastvieh zu wiegen, sowie Decimalwaagen sind, auf 3 Jahre Garantie, vorrätig.

(3842) Mackenroth, Fabrikant, Fleißberg. 88.

Viehsalz, pro Centner 18 Sgr. inel. Sack, bei

(3910) Rud. Malzahn.

Grosse gelesene süsse und bittere Mandeln empfiehlt C. W. H. Schubert, Hundegasse 15.

Mäumung

nachfolgender Gegenstände zum Kostenpreise, wegen Aufgabe dieser Krittel:

Shaggsfeisen, Tabakdosen von Büffelhorn und Papiermache, Cigarettenäschern, Portemonaies, Schreibpapiere mit und ohne Linten, Octavhefte, Bleistiften, Siegelsticke, Stahlfedderhalter &c. Im Dutzend gebe ich noch guten Rabatt.

(3680) Eisen-, Stahl- u. Messingwaaren-Handlung von

R. Th. Teichgräber, Langgasse 114.

Goldfische empf. August Hoffmann, Aquarienhandlung, Heiligegeistgasse No. 26.

Flüssiger Leim,

anwendbar bei Holz, Glas, Metall, Papier &c. Zu haben in Flaschen à 2½, 5 und 7½ Sgr. bei

Franz Jantzen,

Hundegasse 38.

Echte Haarlemer Öl.

Von diesem weltberühmten Universalmittel empfiehlt so eben eine frisch Sendung von Tilly aus Haarlem, und empfiehlt ich 1 Fläschchen mit Gebrauchsanweisung 5 Sgr., 6 Fläschchen 24 Sgr. (4001)

Franz Jantzen, Hundegasse No. 38, Ede d. Fischerth. vis-à-vis d. Marktausche.

Echt französ. Crème's.

Von Bordeaux wurde mir eine Auswahl-Liqueure, als: Crème de Rosé, de Mocca, de Persicos, de Noyau, de Menthé, Eau d'or, Eau stomachique, Marachine de Zira, Anisette superfine &c. zum Verkauf übergeben, welche ich in Originalverpackung zu Fabrikpreisen à Flasche 12½ Sgr. offerre. Gleichzeitl. empfiehlt Rum's, Cognac's und Urrac's in den feinsten Qualitäten zu den billigsten Preisen.

Franz Jantzen,

Parfümerien-, Drogen- und Chocoladen-Handlung, Hundegasse 38, Ede d. Fischerth.

Siegel-Oblaten,

mit Firma oder Wappen, ein- und zweifarbig, werden zu Fabrikpreisen geliefert. Muster und Preiscurant einzusehen bei

A. de Payrebrune, Hundegasse 52.

Um der Nachfrage nach glänzenden Matten u. Mäuse-Vertilgungsmitteln zu genügen, habe dieselben à Dose 10 Sgr. zum Verkauf gestellt; übernehme für die Wirkung hierdurch keine Garantie. Das Publikum wird durch Almanisten (Industrieller), die unter dem Nimbus des Geheimnissvollen durch marftscheireische Annoncen Leichtgläubigen das Geld abnehmen angeführt.

Wilh. Dreyling, Egl. appr. Kammerjäger,

Heiligegeistgasse No. 60.

Neuester Preis-Courant

der Berliner Papierhandlung, Lederwaren- und Photographic-Album-Fabrik

von Louis Loewensohn.

(3416)

Niederlagen
Danzig, Langgasse No. 1. — Königsberg in Pr. Altstädtische Kirchenstraße No. 24.

Couverts.

100 Brief-Couverts, gelbe, Postgröße, à 2½, 4 u. 5 Sgr.

100 do. keine weiße 3, 6 u. 7 Sgr.

100 do. größere für Geldsg. à 9, 10 u. 11 Sgr.

100 do. couleur oder gefüllt 8 u. 9 Sgr.

Couverts in allen Größen, auch mit Leinwandfutter.

Postpapiere.

24 Bog. Octav-Postpapier m. Namen, weiß oder coul. 2 Sgr.

24 " Quart-Postpapier, weiß 2½, 4 u. 4½ Sgr.

24 " " blau 2½, 3 u. 4 Sgr.

Jeder beliebige Name wird bei Entnahme von 5 Buch gratis geprägt.

Siegellack.

16 Stangen zu 1 Pfds., Briefstiel 8, 11 u. 13½ Sgr.

16 " rother 6 u. 6½ Sgr.

8 " brauner Packlack 4½ Sgr.

Siegellack in allen Farben.

Bei Entnahme von 5 Pfds. gewähre auf obige Preise noch 5% Rabatt.

Stahlfedern.

144 fein geschliffene, in Cartons 2½ u. 3½ Sgr.

144 Correspondenzfedern 4—6 Sgr.

144 bester Qualität 7½, 9—10 Sgr.

Englische Federn in allen gangbaren Nummern.

Formulare.

100 Prima- oder Sola-Wechsel 4 u. 6 Sgr.

100 Quittungen oder Anweisungen 4 u. 6 Sgr.

100 Rechnungen auf Schreibpapier in Fol. 8 Sgr.

100 " " in Quart 4 Sgr.

100 " " in ½ 3 Sgr.

110 " " in ½ 2½ Sgr.

Aufträge nach auswärts werden gegen Nachnahme prompt effectuirt.

Gegen Aufgabe des Geschäfts

gänzlicher Ausverkauf meines

Weißwaren-, Gardinen-, Stickerei- u. Spülenslagers zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Hauptfächlich empfiehlt

gestickte Gardinen,

brochirte Gardinen,

französische Corsets,

Trinolinen neuesten Jacob,

glatte Mulle, Battistie,

Shirting, Negligéstoffe,

gestickte Battistilcher à 7½ Sgr.

schwarze Tüll-Schleier,

gestickte Battist-Streifen,

Mull- und Battist-Blousen,

Kragen und Stulpen,

weiße und garnierte Morgenhauben.

Piqué-Bettdecken,

fertige schwarze Moor-Röde,

coulerte do.

Victoria-Röde,

schwarze Moirées von der Elle,

grau und braun Moirée do.

Herren- und Knaben-Chemiseites,

Cravatten und Syls,

leinene Taschentücher,

Alpacca-Blousen,

Gaze-Schleier in allen Farben,

gestickte Einsätze jeder Art,

weiße gestickte Schürzen.

K. Nonnenprediger, Langgasse No. 10.

Knaben-Kunzige,

Paletots

für Knaben und Mädchen,

Winter-Jacken,

die größte Auswahl, in neuester Facon und bester Arbeit zu den billigsten aber festen Preisen empfiehlt (4009)

Mathilde Tauch,

Gr. Krämergasse 1, eine Treppe, Eingang Tropengasse.

Franco Bahnhof Neufahrwasser

offerre ich bei nunmehr geschlossener Binnenschiffahrt von meinem Lager und aus den für mich noch arrivirenden Schiffen

beste engl. und schott. Maschinen- resp. Kamin-Kohlen,

beste Heiz- und Schmiede-Kußföhren

zu angemessen billigen Preisen. (3984)

Hugo Giesebricht,

Neufahrwasser.

Den geehrten Damen Danjes und der Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich von heute ab die Wohnung des Hrn. G. Sauer, Tropengasse 26, 1. Etage, übernommen habe und dasselbst das

Damen-

Friseur-Geschäft

bei elegantester, und wie bekannt geschmackvoller Bedienung fortführen werde.

Hedachtungsvoll

Louise Hintz,

Damen-Friseuse,

Tropengasse No. 26, 1. Etage.

Danica, 25. Nov. 1868. (3987)

Spiegelhandlung v. Berggolderei

von C. F. G. Reinholz,

Tropengasse No. 17, empfiehlt einem geehrten Publikum seinen Vorrath von Spiegeln in braun und Gold, Consoles, Marmorplatten, Leisten, ovalen Rahmen, geraden und geschweiften Gardinenleisten und Haltern, Ampeln, Wandleuchtern à Paar zu 2 ½—20 Sgr.

Befestigungen von Baroquerahmen und Einlassungen von Spiegeln und Bildern werden aufs billigste ausgeführt. (2581)

Den geehrten Damen Danjes und der Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich von heute ab die Wohnung des Hrn. G. Sauer, Tropengasse 26, 1. Etage, übernommen habe und dasselbst das

Damen-

Friseur-Geschäft

bei elegantester, und wie bekannt geschmackvoller Bedienung fortführen werde.

Hedachtungsvoll

Louise Hintz,

Damen-Friseuse,

Tropengasse No. 26, 1. Etage.

Danica, 25. Nov. 1868. (3987)

Moirée-Schürzen